

DEVRİMCİ İŞÇİ



*Devrimci İsci * Sonderausgabe * November 1992*

Deutschland, Deutschland ...

Seit Monaten herrscht eine rassistische Pogromstimmung in Deutschland. Die An- und Übergriffe von organisierten Neofaschisten und Skinheads auf Flüchtlingswohnheime und -lager und auf einzelne ImmigrantInnen gehen unvermindert weiter. Mit aller Gewalt tobt sich der rassistische Mob fast jede Nacht vor Flüchtlingsheimen aus. Er verwendet Schusswaffen, Molotov-Cocktails, Steine und Knüppel und überzieht das ganze Land mit faschistischem Terror.

Als am 22. August an die 150 Skinheads und andere Rassisten, begleitet von dem stürmischen Beifall Tausender von "normalen" Deutschen, eine Flüchtlingsunterkunft in Rostock angriffen, wurden über Nacht alle Flüchtlingsheime im gesamten Land zum Ziel einer organisierten Terrorkampagne neofaschistischer und rassistischer Gruppen und Organisationen. Der aufgrund eines geplanten Rückzuges der Polizei möglich gewordene und tagelang fortgesetzte Terror von Rassisten und Neonazis in Rostock, dessen Höhepunkt die Inbrandsetzung des Flüchtlingswohnheimes war, diente als Startsignal für eine erneute rassistische Terrorwelle unter Führung organisierter Neofaschisten überall in Deutschland. Gleich nach den Angriffen in Rostock wurden und werden in regelmäßiger Folge und systematisch Flüchtlingsheime überall im Land terrorisiert. Jede Nacht werden mehrere Flüchtlingsheime angegriffen, manche in Brand gesetzt, die BewohnerInnen bedroht und geschlagen. Infolge wieder anderer Übergriffe mußten

auch Kinder aus Flüchtlingsfamilien mit Verbrennungen in Krankenhäuser gebracht werden.

Die Angriffswelle nach Rostock ist überhaupt kein neues Phänomen in Deutschland. Die vereinzelt rassistischen An- und Übergriffe der achtziger Jahre in der Bundesrepublik hatten mit dem tagelangen Terror der neofaschistischen Schlägerbanden in Hoyerswerda im September 1991 eine neue Dimension erreicht und arteten zu einer organisierten, geplanten und umfassenden rassistisch-neofaschistischen Terrorkampagne aus. Allein 1991 verübten Neofaschisten und Skinheads laut Angaben des Verfassungsschutzes über 1483 Gewaltakte an Flüchtlingen und ImmigrantInnen. Infolge dieser An- und Übergriffe wurden laut offiziellen Angaben in den letzten 12 Monaten zehn ImmigrantInnen oder Flüchtlinge getötet.

An einige willkürlich ausgewählte Beispiele dieser Kette rassistischen Terrors möchten wir an dieser Stelle erinnern:

* November 1990: Über 50 rassistische Schläger überfielen in Eberswalde vor einer Diskothek eine Gruppe afrikanischer Arbeiter und ermordeten den Angolaner Amadeu Antonio Kiowa.

* März 1991: Der Mosambikaner Jorge Gomodai wurde von Neofaschisten aus einem fahrenden Zug heraus auf die Gleise geworfen. Er starb.

* Mai 1991: 15 Faschisten überfielen in Wittenberge die Wohnungen von Fa-

milien aus Namibia. 4 Namibier wurden aus dem vierten Stock auf die Straße geworfen und schwer verletzt.

* Juni 1991: 50 Neofaschisten überfielen in Magdeburg ein Flüchtlingswohnheim. Ein Araber wurde lebensgefährlich verletzt.

* Oktober 1991: Am Jahrestag der deutsch-deutschen Wiedervereinigung erlitten vier libanesischen Kinder schwere Verbrennungen. In Gotha wurden vier sowjetische Soldaten in ihren Wohnungen überfallen, sie wurden aus den Fenstern gestürzt und schwer verletzt.

* November 1991: 200 Neofaschisten und Skinheads griffen nach einem Fußballspiel ein Flüchtlingsheim in Greifswald an. 35 Flüchtlinge wurden verletzt, manche schwer. In Weimar schossen Nazis vom Fenster ihrer Wohnung aus auf einen Mosambikaner auf der Straße und verletzten ihn. In Leipzig wurden die Wohnungen von 4 vietnamesischen Familien überfallen. Sie wurden schwer mißhandelt.

* Januar 1992: In der Silvesternacht wurde in Magdeburg auf ein Flüchtlingsheim mit Pistolen geschossen.

* Mai 1992: Skinheads schlugen einen Schwarzen in Berlin zusammen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In Magdeburg überfiel eine Gruppe von etwa 60 Skinheads und Neofaschisten eine Geburtstagsparty in einer Gaststätte; 5 Menschen wurden schwer verletzt, ein

deutscher Jugendlicher starb im Krankenhaus.

Dieses sind nur einige Beispiele des neofaschistischen und rassistischen Terrors in Deutschland. Welche Ziele nun verfolgen die Angriffe der neofaschistischen Kräfte, die mit den Angriffen in Rostock eine neue Phase ihres Terrors eingeleitet haben?

NEOFASCHISTISCHER TERROR UND SEINE ZIELE

Mit ihrer rassistischen Terrorkampagne, die man bei näherer Betrachtung des gewählten Zeitpunkts, der Form und der Intensität der An- und Übergriffe als wohl organisiert und geplant bewerten muß, verfolgen die neofaschistischen Kräfte mehrere Ziele zugleich. Dabei nutzen sie die rassistische Stimmung und die Gewaltbereitschaft vieler Menschen, gerade in der ehemaligen DDR, wohlüberlegt aus.

Eines der wichtigsten dieser sich gegenseitig ergänzenden Ziele ist zweifelsohne der Versuch, die Unzufriedenheit und die Reaktionen der angesichts der schweren ökonomischen Probleme und miserablen sozialen Situation in soziale und existenzielle Krisen gestürzten Massen in systemimmanente Kanäle zu lenken. Sie wollen eine Barriere errichten, die verhindert, daß sich diese Unzufriedenheit gegen das kapitalistische System richtet.

Unter der *normaldeutschen* Realität der Nicht-Existenz einer systemkritischen, linken Bewegung hat der neonazistische Mob es ziemlich leicht, vom System produzierte Ursachen der sozialen und ökonomischen Misere in von "Ausländern und Asylanten" geschaffene umzumünzen, um dann daraufhin das System als die wahre Zielscheibe des sozialen Unmuts auszuklammern.

Heute muß mit aller Kühnheit festgestellt werden, daß die neofaschistischen Kräfte mit ihrer Terrorkampagne, die sich wie eine Explosion des in allen Poren der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Rassismus vollzieht – einer Gesellschaft, die den als Regime in den 30'ern Jahren institutionalisierten Faschismus, der dann zu einem deutschen Alptraum für die Völker der Welt wurde, und seine rassistischen Strukturen und Motive auf ideologischer, politischer, kultureller und humaner Ebene nie überwunden hat, nie den völligen, bewußten Bruch mit ihnen vollzogen hat – der Erreichung des oben genannten Ziels sehr nahe gekommen sind. Sowohl die Schwäche der Reaktionen auf die neofaschistischen Angriffe als auch die Ergebnisse der Umfragen, die zeigen, daß ein bedeutender Teil der deutschen Bevölkerung die rassistischen Angriffe nicht nur gutheißt son-

dern auch unterstützt, zeigen dies deutlich genug...

Die faschistisch-rassistische Terrorkampagne hat noch an einem anderen Punkt Erfolge. Die Inhalte, Aussagen, Formulierungen und Motive, die noch bis in die letzten Jahre hinein als die der "Ewiggestrigen", der nichts-dazu-lernenden Nazis galten, haben heute als wichtige Ecksteine der Programme der "demokratischen" Parteien direkten Eingang in das politische Leben in Deutschland gefunden. Die seit Jahren von Faschisten formulierten Forderungen, besonders hinsichtlich der Asylpolitik, der gesetzlichen Maßnahmen gegen MigrantInnen, der Umwandlung des ökonomischen "Riesen" Deutschland in eine politische, diplomatische und militärische Weltmacht, der Ausbau des Polizeiapparates und seiner Ausstattung mit mehr Befugnissen, der Kriminalisierung der linken und sozialistischen Bewegung, – all das ist heute offizielle Staatspolitik in Deutschland geworden. Noch schärfer formuliert:

Die Enkel von Hitler, Göbbels und Göring sind heute hinsichtlich ihrer politischen Aussagen sowohl in wichtigen Teilen der deutschen Bevölkerung als auch in der Staats- und Regierungspolitik schon legitimiert und salonfähig.

Die Neofaschisten, deren Inhalte zum Teil schon von der Staatspolitik umgesetzt werden, während sie selbst als "ewig Gestrige" immer noch im Allgemeinen geächtet sind, begnügen sich damit nicht. Sie verfolgen mit ihrer rassistischen Terrorkampagne, die sich in Form von Pogromproben entwickelt, auch und unmittelbar das Ziel, sich selbst mitsamt ihrer verbotenen Organisation NSDAP, zu legalisieren. Dazu wollen sie sich in den Augen breiter Teile der deutschen Bevölkerung mit ihren Aktionen legitimieren.

DIE GEISTIGEN VÄTER UND DIE POLITISCH VERANTWORTLICHEN DES RASSISTISCHEN TERRORS SIND DIE STAATSPARTEIEN

Die deutschen Staatsparteien führen seit Anfang der achtziger Jahre eine systematische Kampagne gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen mit dem Ziel ihrer Stigmatisierung und Kriminalisierung. Demagogische Motive und Aussagen wie "es gibt in Deutschland ein Ausländerproblem", "die Asylanten sind in übergroßer Mehrheit Wirtschaftsflüchtlinge", "das Boot ist voll", "Deutschland hat ein viel zu liberales Asylgesetz", "die Kriminalitätsraten unter Ausländern sind die

höchsten", "das deutsche Volk wird überfremdet" etc. wurden von unterschiedlichen politischen Parteien manchmal verstärkt und manchmal weniger intensiv während dieses Feldzuges gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ständig wiederholt. Die großen Medien unterstützten diese Kampagne mit all ihren Möglichkeiten, indem sie die Bevölkerung tagtäglich mit auf widerliche Weise verfälschten "Informationen" und Nachrichten bombardierten. Gleich nachdem die Regierungsparteien, trotz der Kritik und des Protestes breiter gesellschaftlicher Kräfte, ein neues "Ausländergesetz" im Parlament und Bundestag durchpeitschten, welches Ausdruck des institutionalisierten Rassismus des deutschen Staates ist, machten sie sich mit verstärkter Vehemenz das "Asylproblem" zum Thema und trafen alle nötigen Vorbereitungen zur Abschaffung eines Menschenrechtes: des Rechts auf Asyl im Grundgesetz, das ohnehin schon seit Jahren immer wieder verschärft und ausgehöhlt wurde. Besonders in den letzten beiden Jahren wurde "das Asylproblem" infolge systematischer Eingriffe staatlicher Institutionen und politischer Parteien zum innenpolitischen Thema Nr. 1 hochgeschaukelt. Die staatlichen Institutionen, die Medien und die politischen Parteien, die mit ihrem rassistischen Feldzug gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen die reaktionären und rassistischen Teile der deutschen Bevölkerung ermutigten und ermutigen, die seit Jahren die ImmigrantInnen und Flüchtlinge zu Sündenböcken für jegliche von der kapitalistischen Ordnung zuhauf produzierte Misere stempelten und stempeln und nun in Form des neofaschistischen Terrors den von ihnen erfolgreich gesäten offenen Rassismus ernten, tragen die politische und menschliche Verantwortung für all die Menschen, die Opfer des faschistischen Terrors wurden und tagtäglich werden.

Der politisch Verantwortliche der rassistisch, faschistischen Pogrome ist der Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, der letztes Jahr an die Parteiorganisationen einen Brief richtete, in dem er sie aufforderte, "das Asylproblem" zum wichtigsten Tagesordnungspunkt zu machen, und zu diesem Zwecke genaue Instruktionen erteilte.

Der politisch Verantwortliche für die pogromartigen Angriffe in Hoyerswerda ist der Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier aus der SPD, der bei den Landtagswahlen in Bremen 1991 Flüchtlinge zum wichtigsten Gegenstand seiner Wahlkampagne machte und mißbrauchte – angeblich um rechten und konservativen Parteien ihren Trumpf aus der Hand zu nehmen.

Die politische Verantwortung für den Versuch der neofaschistischen Möraerbanden, in Rostock die Flüchtlinge in ihrer Unterkunft in aller Öffentlichkeit zu verbrennen, genau in der Tradition der SA- und SS-Mentalität, liegt bei der CDU/CSU/FDP-Regierung.

Es sind die Massenmedien mit ihrer Lügenpropaganda, die staatlichen Institutionen und die politischen Parteien CDU/CSU/FDP/SPD als Erzeuger und Vollstrecker der rassistischen Staatspolitik, die seit Jahren den latenten und manifestierten Rassismus in der deutschen Bevölkerung geschürt haben, die damit fast offene Einladungen an die Neonazis für ihren Terror ausstellten, die die Immigrantinnen und Flüchtlinge zum "Freiwill" machten, das immer und überall gejagt werden kann, das zu einem Leben in Angst und Schrecken verurteilt ist.

Der politisch Verantwortliche für die neofaschistische Terrorkampagne ist der deutsche Staat, der das erntet, was er gesät hat. In dem Maße, wie diejenigen schuldig zu sprechen sind, die ihre Waffen und Brandsätze gegen Flüchtlinge richten, sind auch diejenigen schuldig zu sprechen, die die Bedingungen dafür vorbereitet haben.

SCHRITT FÜR SCHRITT NACH GROSSDEUTSCHLAND – HAND IN HAND MIT DEM NEOFASCHISTISCHEN TERROR

Der Traum der Faschisten von einem "Großdeutschland", das seine Ketten abgelegt hat, wird nach der durch den Zerfall des Realsozialismus möglich gewordenen Wiedervereinigung Deutschlands Schritt für Schritt in die Realität umgesetzt. Deutschland schickt sich heute an, diese durch den Zerfall des Realsozialismus möglich gewordene historische Gelegenheit bestens auszunutzen, nachdem es sich jahrzehntelang mit einer politischen und diplomatischen Rolle in der Weltpolitik begnügen mußte, die keinesfalls ihrem ökonomischen Gewicht entsprach (Noch darf Deutschland über Atomwaffen nicht verfügen, noch ist es kein Mitglied des Sicherheitsrates der UNO).

Deutschland hat seine Entschlossenheit, die möglich gewordene Großmachtopion auf jeden Fall auch zu realisieren, den Schritt von einem ökonomischen Riesen hin zu einem auch politischen und diplomatischen Riesen zu machen, schon mit seiner



Rolle in der Vertiefung der Krise im ehemaligen Jugoslawien, mit seiner Unterstützung des gegenseitigen barbarischen Abschlachts der Völker dort, mit seiner Vorreiterrolle bei der Bildung der 'Westeuropäischen Union' (WEU), mit seiner Finanzpolitik, die andere EG-Staaten und die USA zwingt, mit seinen Vorstößen, um die Beteiligung der Bundeswehr an "out of area"-Einsätzen zu ermöglichen, mit seinem ökonomischen und politischen Vordringen in Richtung Osten, um die ehemaligen realsozialistischen Staaten zu seinem Hinterland zu machen, demonstriert.

Jedoch kann das Projekt "Großdeutschland" nicht ohne Weiteres realisiert werden, wie es gedacht war. Abgesehen von unstabilen äußeren Faktoren gibt es auch im Inland wichtige Hindernisse vor einer reibungslosen Realisierung dieses Projekts, die zwar langfristig überwunden werden könnten, aber kurzfristig ernsthafte Probleme aufwerfen. Einige dieser Hindernisse sollen hier kurz erwähnt werden:

* Die politisch Herrschenden haben nach der Annektierung der DDR trotz der ernstzunehmenden Warnungen der Deutschen Bundesbank gedacht, eine Integration der DDR-Ökonomie in die bundesdeutsche sei kurzfristig und ohne große Probleme möglich. Statt eines geplanten Integrationsprozesses haben sie auf eine rasche Annexion aus innen- und außenpolitischen Gründen gedrängt. Danach blieben aber die erwarteten Investitionen in die Industrie der ehemaligen DDR aus. Diese wurde einem schnellen Privatisierungsprogramm unterzogen und auf diese Weise der wilden Konkurrenz des westdeutschen und

internationalen Kapitals schutzlos ausgeliefert – was ihre völlige Zerstörung zur Folge hatte und hat. Die meisten Investitionen wurden hauptsächlich in der Vermarktungsindustrie für Lebensmittel u.ä. getätigt. Dieses Faktum führte zu einem schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit – als neuem Phänomen auf dem Boden der ehemaligen DDR. Die Finanzierung der "Integration" der DDR-Ökonomie in die bundesdeutsche schlug tiefe Löcher in den Staatshaushalt, so daß die Verschuldung enorme Beträge erreichte. Dies wiederum zwang den Staat und die politischen Machthaber zu einer Politik des "die Gürtel-Enger-Schnallens" – mit anderen Worten zur Aufbürdung der Kosten der Annexion der DDR auf die Schultern der arbeitenden Klassen und Schichten.

* Die Bundesrepublik Deutschland, das Land der "nationalen und der Klassenversöhnung" in der Periode des "Kalten Krieges", das Land der "Wohlstandsgesellschaft", ist nunmehr gezwungen, den Grad der Ausbeutung auch im Inneren zu erhöhen, um sein ökonomisches Gewicht in der Weltwirtschaft erhalten und ausbauen zu können. Dies macht es für Kapitalkreise zwingend, den "sozialen Frieden" schrittweise aufzukündigen. Gesellschaftliche Kräfte wie die Gewerkschaften, die die andere Partei des "sozialen Friedens" stellen, kapitulieren immer mehr vor dieser faktischen Entwicklung, auch wenn sie versuchen, Widerstand zu entwickeln. Dies wiederum stellt die materielle Grundlage für zukünftige Auseinandersetzungen, die sicherlich viel heftiger und offener ausgetragen werden.

* Vor der schrittweisen Realisierung des Projekts "Großdeutschland" gibt es neben den oben skizzierten ökonomischen und sozialen Problemen auch ein politisches Hindernis: Eine der Vorbedingungen für den Erfolg des Projekts "Großdeutschland" ist die Notwendigkeit der erneuten ideologischen Konditionierung der Gesellschaft in Deutschland, das die Barbarei des Faschismus in all seiner Grausamkeit und Unmenschlichkeit in Erinnerung haben mußte. Das politische Gewicht der gesellschaftlichen Kräfte, die die Folgen der expansionistischen Politik des faschistischen Deutschlands noch nicht vergessen haben, darf nicht unterschätzt werden. Aus diesem Grunde muß das Projekt "Großdeutschland" all diese Kräfte Schritt für Schritt zur Kapitulation zwingen und in einer neuen Ideologie des Nationalismus und Patriotismus vereinen. Die Zustimmung des SPD-Vorstandes zu "out-of-area"-Einsätzen der Bundeswehr und zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl müssen heute als Zeichen der ideologischen und politischen Kapitulation der sozialdemo-

kratischen Führung vor dem "Projekt" Großdeutschland verstanden werden.

Nun, mit welchen Methoden und mit welcher Politik versuchen die politischen Machthaber diese Hindernisse bzw. Schwierigkeiten zu überwinden?

Für alle, die die gegenwärtige politische Atmosphäre in Deutschland atmen, ist die Antwort auf diese Frage kein Geheimnis: Die Regierung versucht ihre Ziele zu erreichen, indem sie einerseits eine Politik verfolgt, die die Last der ökonomischen Probleme auf die Arbeitenden abwälzt und in der Außenpolitik, begleitet von einer lautstarken Propaganda für "Menschenrechte und Demokratie", das internationale Gewicht Deutschlands zu erhöhen sucht. Und andererseits wird eine stigmatisierende und kriminalisierende Kampagne gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen mit der widerlichen Unterstützung der großen Medien organisiert und geführt.

Einerseits vergießen die Herrschenden anlässlich der An- und Übergriffe von Neofaschisten und Skinheads Krokodilstränen, dies gehört bei einem "demokratischen Rechtsstaat" dazu, andererseits klammern sie sich an die Demagogie, daß diese Angriffe auf "normale" Reaktionen der deutschen Bevölkerung zurückzuführen seien, und benutzen den neofaschistischen Terror dazu, das ohnehin ausgehöhlte Recht auf Asyl gänzlich abzuschaffen und die SPD in diesem Punkt "zu überzeugen", sprich auf Linie zu bringen. Die Realitäten werden so sehr verdreht, daß die Opfer des neofaschistischen Terrors, die ImmigrantInnen und

Flüchtlinge, als die Ursachen desselben erscheinen. Und so übernimmt der neofaschistische Terror eine unverzichtbare Rolle bei der raschen Durchsetzung der Politik der Herrschenden in diesem Lande. Die Regierung und die anderen Systemparteien brauchen sozusagen den neofaschistischen Terror.

In einem Deutschland, wo der "soziale Friede" langsam aber sicher aus den Fugen gerät, offen ausgetragene gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen sich schon heute ankündigen, nehmen die wirtschaftlich und politisch Mächtigen den neofaschistischen Terror zum Anlaß, um den Staatsapparat und seine Polizei zu stärken und auszubauen. Die sich wiederholenden Gesetzesinitiativen nach Ausbau der Befugnisse des Polizeiapparates, die angeblich gegen den Nazi-Terror vorgeschlagenen Sondereinsatztruppen der Polizei sind Produkte einer Strategie, die den Staat auf eine sich politisch und gesellschaftlich zuspitzende Situation in Deutschland vorbereiten sollen. Jedem und jeder muß klar sein, gegen wen sich letztlich diese Bestrebungen richten werden: gegen ArbeiterInnen, die gegen die sich verschlechternde ökonomische Situation Widerstand leisten wollen, gegen jede gesellschaftliche Opposition, die das System auf irgend eine Weise in Frage stellen könnte, gegen linke und fortschrittlich denkende Menschen überhaupt.

Außerdem wird der neofaschistische Terror von den politisch Herrschenden zum Anlaß genommen, um ein neues "nationales Bewußtsein" unter den Deutschen zu schaffen, ein

"Bewußtsein" zu schaffen, daß man als Deutsche/r etwas besonderes sei. Dabei werden die ImmigrantInnen und Flüchtlinge zum auszugrenzenden Feind erklärt.

IN DIE VORDERSTE REIHE GEGEN DEN NEOFASCHISTISCHEN TERROR UND DIE RASSISTISCHE STAATSPOLITIK!

Anzunehmen, daß der neofaschistische Terror eine konjunkturelle Erscheinung (allein in diesem Jahr fanden über 1000 An- und Übergriffe statt) sein könnte, die wieder irgendwann verschwinden wird, hätte fatale Folgen. Auch die angestrebte und praktizierte Einheit der EG wird die nationalistischen Kräfte stärken. Außerdem erzielen die Neofaschisten mit ihren Angriffen Erfolge, besetzen Positionen in der Gesellschaft und in den Köpfen. Selbst diese Tatsache reicht dazu aus, festzustellen, daß ImmigrantInnen und Flüchtlinge auch in Zukunft in zunehmendem Maße Angriffen der Neofaschisten ausgesetzt werden.

Dieser Terror kann nur durch einen militanten Kampf aller antifaschistischen Kräfte, egal welcher Nationalität und Hautfarbe, auf der Linie eines auf legitime Selbstverteidigung basierenden Widerstandes gestoppt werden. Die Aufgabe der linken Kräfte ist es, in den vordersten Reihen dieses Widerstandes ihren Platz einzunehmen.

Der Kampf gegen den neofaschistischen Terror kann und darf nicht vom Kampf gegen die rassistische Staatspolitik getrennt werden. Heute ist die Zeit dafür überreif, breite Bündnisse aufzubauen, die diese beiden Kämpfe verbinden und die eine Kontinuität haben müssen.

Wir rufen alle antifaschistischen, revolutionären und demokratischen Kräfte und Menschen dazu auf, den neofaschistischen Terror mit den angemessenen Mitteln zurückzuschlagen.



- ASYLRECHT IST MENSCHENRECHT!
- GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!
- KÄMPFEN WIR GEMEINSAM GEGEN DEN NEOFASCHISTISCHEN TERROR!

V.i.S.d.P.: Hasselbring, Postfach 26 03, 3000 Hannover 91